Bauordnung

Entwässerungsanlagen

Beseitigung

k) bei der baupolizeilichen Zustimmung zur Teilung eines Grundstücks für jeden abzutheilenden Platz 10 RM.
 50 RM.

l) bei einem auf Antrag erteilten Bescheid über die allgemeine Zulassung besonderer Bauausführungen 5 RM.
 500 RM.

m) bei der eine Beschwerde verwendende Entscheidung des Baupolizeiausschusses 20 RM.
 wenn sie ohne Begründung ergeht
 wenn eine Begründung verlangt wird (§ 9 Abs. 8) 40 RM.
 bei der eine Beschwerde verwendende Entscheidung der Beschwerdekammer für Baupolizeisachen 60 RM.
 Die Bestimmung des § 11 Satz 3 findet entsprechende Anwendung.

n) bei der Erteilung sonstiger nicht nach den Bestimmungen unter a bis m dieses Absatzes gebührenpflichtiger Bescheide und bei auf Antrag wiederholten Anfertigungen baupolizeilicher Verfügungen oder Bescheide, je nach Art der Verfügungen oder Bescheide 3 RM.
 30 RM.

2. Außer den Sätzen des Abs. 1a bis d wird für die Prüfung von Nachtragsentwürfen (§ 16 Abs. 2 der Bauordnung), die von den bereits geprüften Bauvorlagen wesentlich abweichen, ein Viertel der unter a, b, c und d angegebenen Sätze erhoben.

3. Für die Einsicht in die Baupolizeizakten sind 1 RM.
 für die Überlassung von Zeichnungen und Berechnungen 5 RM.
 zu entrichten.

4. Bei besonderen Gestaltungen in der nachstehend aufgeführten Fällen sind außer den nach den Absätzen 1a bis c und 2 zu erhebenden Gebühren besondere Gebühren zu entrichten, und zwar in den Fällen der Paragraphen 33 Abs. 3, 38 Abs. 2, 59 Abs. 1, 63 Abs. 10, 105 Abs. 3, 4 und 5, 106 Abs. 1, 2 und 3, 108 Abs. 4, 110 Abs. 1 und 2, 115 Abs. 4, 116 Abs. 4 der Bauordnung für die Stadt Hamburg jeweils nach Bedeutung der Ausnahme oder Vergünstigung je . . . 3 RM.
 bis 5000 RM.

Die Gebühren sind nur zu zahlen, wenn von den Gestaltungen Gebrauch gemacht wird.

Bei wiederholten Gestaltungen kann die Baupolizeibehörde jährliche Gebühren festsetzen.

5. Für die Erhebung der Gebühr nach Absätzen 1a bis c ist der Bauwert in Reichsmark auf der Bauanzeige anzugeben und auf Verlangen der Baupolizeibehörde nachzuweisen. Nachdem der Neubau in die Feuerkasse aufgenommen ist oder nachdem eine Neuschätzung eines umgebauten oder vergrößerten Bauwerkes stattgefunden hat, ist bei Neubauten in Fällen der Absätze 1a und b die Gebühr von dem Betrage nachzuzahlen, um den der Schätzungsbetrag der Hamburger Feuerkasse, vervielfacht mit der am Tage der Schlußbesichtigung gültigen, der Bauteuerung entsprechenden Feuerkassenrichtzahl den angegebenen Bauwert übersteigt; bei Um-, An- und Aufbauten wird an Stelle des Schätzungswertes der Feuerkasse der Unterschied zwischen dem alten und dem neuen Schätzungsbetrag mit der der Bauteuerung entsprechenden Feuerkassenrichtzahl vervielfacht.

Bei Nachtragsentwürfen finden diese Bestimmungen sinngemäß Anwendung.

6. Bei kleinen Nebengebäuden unter 20 qm Grundfläche, kleinen unter Abschnitt VII fallenden Anlagen, Gebäuden oder Bauwerken zu vorübergehenden Zwecken (Abs. 1 c), sofern sie weniger als 100 qm Grundfläche bedecken, und bei kleinen baulichen Änderungen werden Gebühren nur nach Abs. 1 n erhoben.

7. Wird eine Bau- oder Abbruchanzeige oder sonst ein unter die Bestimmungen dieses Paragraphen fallender Antrag vor Erteilung des Bauscheins oder Bescheides zurückgezogen, oder gelangt ein Vorhaben, für das

ein Bauschein oder ein Bescheid bereits erteilt ist, nicht zur Ausführung, so kann die Baupolizeibehörde eine nach der von ihr bereits geleisteten Arbeit zu bemessende Teilgebühr festsetzen.

8. Zur Zahlung der Gebühren ist der Grundeigentümer oder, wenn die Zustimmung des Grundeigentümers zu dem Bauvorhaben nicht beigebracht ist, der Bauherr, in den übrigen Fällen der Antragsteller verpflichtet. Den Verpflichteten wird eine Aufgabe über die Gebühren zugestellt. Die Gebühren sind spätestens innerhalb einer Woche nach Zustellung dieser Aufgabe zu zahlen.

9. Gebühren für die Abnahmeprüfung einer Hochantennenanlage.

a) Als Gebühren für die Genehmigung und Abnahmeprüfung einer Hochantennenanlage nach § 3 der Verordnung über die Anlage von Antennen vom 15. August 1924 und den zugehörigen Ausführungsbestimmungen vom 1. September 1924 sowie der Bekanntmachung über Änderung der Ausführungsbestimmungen vom 20. November 1925* werden außer den unter Abs. 4 zu entrichtenden besonderen Gebühren 5 RM.
 erhoben;

b) Sind infolge unvorschriftsmäßiger Anlage oder infolge Verschuldens des Antragstellers mehrere Prüfungstermine erforderlich, so erhöht sich die Gebühr für jeden zweiten und weiteren Prüfungstermin um je 10 RM.

c) Bei der Nachprüfung einer genehmigten Hochantenne, wenn die Nachprüfung infolge unvorschriftsmäßiger Beschaffenheit der Anlage oder infolge Verschuldens ihres Besitzers mehrere Prüfungstermine nötig macht, werden für jeden zweiten und weiteren Prüfungstermin je 10 RM.
 erhoben.

d) Zur Zahlung der Gebühren unter a und b dieses Absatzes ist der Antragsteller, zur Zahlung der Gebühren unter c der Besitzer der Anlage verpflichtet.

§ 130. Umwandlung von Kapitalzahlungen in Rente.

1. Die auf Grund des § 121 zu leistenden Zahlungen, soweit sie den Betrag von 100 RM. überschreiten, können auf Wunsch des Zahlungspflichtigen statt in Kapital durch eine als öffentliche Last des Grundstücks geltende Rente entrichtet werden. Sie ist in den Fällen des Abs. 1a während 30 Jahre mit 6 vom Hundert und in den Fällen des Abs. 1b während 50 Jahre mit 5 vom Hundert des Kapitalbetrages zu zahlen. Soweit die Siete nach dem 1. Januar 1924 erbaut sind, ist die Rente während 50 Jahre mit 7 vom Hundert des Kapitalbetrages zu zahlen. Die Kosten der Anschlußleitungen, der Mündungsstücke und Untersuchungsschächte sowie die in § 121 Abs. 8 genannten Zahlungen sind ausschließlich in Kapital zu entrichten.

2. Die Rente ist auf Antrag der Baubehörde in das Grundbuch einzutragen.

3. Die Behörde hat den Zahlungspflichtigen zur Erklärung binnen einer nicht unter vier Wochen zu bestimmenden Frist über die Umwandlung der Kapitalzahlung in eine Rente mit dem Hinweis aufzufordern, daß, falls die Erklärung nicht innerhalb dieser Frist abgegeben werde, die Zahlung in Kapital zu leisten sei.

Von Bedeutung sind weiter die Paragraphen 1 und 2 des Artikels II des

Gesetzes über die Neufestsetzung und Aufwertung der Sietbeiträge

vom 29. Dezember 1926 (H.G.V.B. S. 815), das zu der vorstehenden Neufassung der Paragraphen 121 und 130 geführt hat. Sie lauten:

§ 1. Auf Grund der Bestimmungen der Bauordnung für die Stadt Hamburg . . . erhobene Beiträge für Siete, die . . . vor dem 1. Januar 1924 . . . erbaut sind, werden für die Zeit ab 1. Oktober 1926 mit 25 vom Hundert der nach

* Uten abgedruckt.

Artikel 1* festzusetzenden Beträge erhoben. Die erste Zahlung ist zu leisten am 1. April 1927, und zwar für die Zeit vom 1. Oktober 1926 bis zum 31. Dezember 1927. Rentenzahlungen, die für die Zeit bis zum 30. September 1926 rückständig sind, gelten als erlassen.

§ 2. Soweit vor dem 15. Juni 1922 zur Abführung der Beitragspflicht der nach den bisherigen Gesetzen festgesetzte Kapitalbetrag in Mark gezahlt ist, gilt die Verpflichtung zur Entrichtung des Sietbeitrags als erfüllt.

Beträge, die am oder nach dem 15. Juni 1922 in Mark gezahlt sind, werden mit ihrem Goldmarkbetrag auf die vom 1. Oktober 1926 ab zu entrichtenden Beiträge angerechnet. Der Goldmarkbetrag wird dadurch festgestellt, daß der Nennbetrag nach Maßgabe des Wertverhältnisses umgerechnet wird, das in der Anlage zum Aufwertungsgesetz vom 16. Juli 1925 für den Tag der Zahlung bestimmt ist. Wenn ein Umrechnungsverhältnis für diesen Tag nicht bestimmt ist, so ist das letzte vorhergehende Umrechnungsverhältnis maßgebend. Beträge mit einem Goldmarkbetrag unter drei Goldmark bleiben unberücksichtigt.

Beträge, die vor Inkrafttreten dieses Gesetzes in Geldmark, Rentenmark oder Reichsmark gezahlt sind, werden zum Nennbetrag angerechnet.

Die Vorschriften der Absätze 1 bis 3 finden auf Vergleiche sinngemäße Anwendung.

Verordnung (der Baupolizeibehörde) für die Herstellung und Benutzung der Entwässerungsanlagen auf Privatgrund im Geltungsbereich der Bauordnung für die Stadt Hamburg,

vom 9. Dezember 1918 (A. Bl. S. 1975).

Änderungen: Bek. vom 8. Februar 1922 (H.G.V.B. S. 42); § 13 Abs. 2; Bek. vom 14. April 1925 (H.G.V.B. S. 211); § 14a neu, § 15 Abs. 2.

Auf Grund § 120 Abs. 6 der Bauordnung für die Stadt Hamburg . . . wird für den Geltungsbereich der Bauordnung für die Stadt Hamburg folgende Verordnung erlassen.

§ 1. Anzeige und Planvorlagen.

1. Die Herstellung oder Veränderung von Hausentwässerungsanlagen ist der Baupolizeibehörde anzuzeigen. Die Anzeige hat zu erfolgen:

a) wenn die Arbeiten bei einem Neubau, An-, Auf- oder Umbau vorgenommen werden, mit der Bauanzeige nach § 14 Abs. 1 Ziffer a und b der Bauordnung;

b) wenn die Arbeiten nicht mit einem Neubau, An-, Auf- oder Umbau zusammenhängen,

1. soweit es sich um unterirdische Entwässerungsanlagen handelt, durch besondere Bauanzeige nach § 14 Abs. 1 Ziffer c der Bauordnung;

2. soweit nur oberirdische Anlagen in Frage kommen, durch Anmeldung zur Besichtigung nach der Vorschrift des § 120 Abs. 4 der Bauordnung.

§ 2. Prüfung der Vorlagen und Bauschein.

§ 3. Behördliche Besichtigung, Inbetriebnahme.

§ 4. Güte der Baustoffe und der Ausführung.

§ 5. Bezeichnungen.

§ 6. Ableitungen.

§ 7. Fallrohre für Schmutzwasser.

§ 8. Fallrohre für Niederschlagswasser.

§ 9. Geruchverschlüsse.

§ 10. Einigungs-, Handsteine, Spültische und Waschbecken.

§ 11. Spülaborte und Pißorte.

§ 12. Hofeinfälle und die Fußbodeneinfälle für Schmutzwasser.

§ 13. Fettfänge, Benzinabscheider.

§ 14. Entwässerung tiefliegender Räume oder Flächen, Rückstauverschluß.

§ 14a. Einbau von Vorrichtungen zur Verhinderung des Austritts von Ratten aus dem Siete.

§ 15. Abzuleitende Abwässer.

§ 16. Spülung.

§ 17. Verbot gemeinschaftlicher Anlagen.

§ 18. Beseitigung älterer Anlagen.

§ 19. Instandhaltung der Anlagen.

§ 20. Ausnahmen, Übergangsbestimmung.

§ 21. Schlußbestimmung.

* Die Vorschriften dieses Artikels sind in der oben wiedergegebenen Fassung der Paragraphen 121 und 130 (Seite 7 u. 8) enthalten.

Gesetz und Fil Teil

vom 30. § 16, de sind die Bek. V. Bl. S. der Bek (H. G. V. setzes u 25. Mai § 16 At

Gesetz seitigen sonstige

Gesetz, von V

Änder

§§ 1- § 3. wohnun stehend nicht ge setzung nach d wandfr burgscl Zuschis rückzuz § 4. und de arbeits richtun gemä § gen, w zunehm dieses leihung Erteilu: Wahrn desbehil tragen. § 5 § 9. zur FG unter dingun stimm maßgel rungen § 10 Gesetz welche Neben von de der Ba

Bekan komm

Zur wohnu Gebäu Baupol messer Feuerp auf G der dr 1919 § 29 Abs. 1 5 und letzter Stadt

* D machu zenbe am 9.